

Irakrieg

Kein Düngerengpass in Europa

Kriege, Hunger und Erderwärmung bedrohen die Menschheit, insbesondere in Regionen des globalen Südens. In den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen manifestiert sich darum die Absicht der Weltgemeinschaft, kriegsgerische Konflikte zu vermeiden sowie Armut und Hunger zu bekämpfen. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) stuft weltweit rund 700 Mio. Menschen und damit 10 % der Weltbevölkerung als unterernährt ein. In Regionen, die häufig bewaffneten Konflikten ausgesetzt sind, ist die Lage besonders dramatisch. Der Irakkrieg dürfte die ohnehin schon geoökonomisch fragile Situation auf internationalen Agrarrohstoffmärkten, geprägt von massivem Protektionismus und Sanktionswettläufen, weiter destabilisieren und damit globale Ernährungskrisen verschärfen. Der Mittlere Osten ist nicht nur selbst in hohem Maße auf Nahrungsmittelimporte angewiesen; die Region ist auch einer der Hauptlieferanten von fossilen Energieträgern sowie Düngemitteln. Fossile Energieträger und industrieller Dünger sind immer noch zentral für eine stabile und ertragreiche globale Erzeugung von Grundnahrungsmitteln.

Im Zentrum steht die Straße von Hormus. Vor Beginn des Krieges passierten ein Viertel des Seehandels mit Rohöl und ein Fünftel des Flüssiggashandels die Meerenge. Außerdem wurde ein Drittel des globalen Düngemittelhandels, beim energiereichen Stickstoff sogar annähernd die Hälfte, durch das Nadelöhr verschifft. Die Sperrung der Straße führt zu Lieferengpässen und erhöhten Fracht- und Versicherungskosten. Das schlägt sich in Preiserhöhungen an Termin- und Spotmärkten nieder. Die Preise für Öl und Düngemittel sind seit Januar 2026 um ca. 80 % gestiegen. Die Lieferengpässe bei Energieträgern belasten insbesondere Ziele in Asien, darunter China, Indien, Japan, Pakistan, die gewöhnlich zwischen 40 % und 70 % ihrer Importe via Hormus beziehen. Bei Dünger betrifft es neben Indien, Sri Lanka, Pakistan, Thailand sowie Australien und Neuseeland besonders Afrika südlich der Sahara, darunter Sudan, Tansania, Somalia, Kenia, die zumindest ein Drittel ihrer Düngemittel aus der Region beziehen.

Europa ist nicht direkt von den Lieferengpässen betroffen. Öl und Gas werden vornehmlich aus Norwegen, USA und Russland bezogen, wobei ab 2027 der Import von russischem Gas eingestellt werden soll. Düngemittel bezieht

die EU schon länger nicht mehr aus der Golfregion. Der Bedarf wird zum Großteil aus heimischer Produktion sowie Importen aus Russland, Belarus oder Nordamerika gedeckt. Steigende Energiekosten betreffen aber auch die Produktion der heimischen Industrie und Landwirtschaft.

Insgesamt sind bisher noch keine merklichen Folgen des Konflikts hinsichtlich global verfügbarer Mengen sowie des internationalen Preisniveaus von Grundnahrungsmitteln (Getreide, Raps, Mais, Kartoffeln oder Butter) beobachtbar. In vielen Fällen handelt es sich gegenwärtig um Angebotsmärkte („Carry-Markets“). Auch wenn die Preise seit Januar leicht angezogen haben, so notieren die Terminbörsen (Euronext) auf einem eher niedrigen bis moderaten Niveau im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Bei Kartoffeln und Butter sind die Preise sogar gesunken. Ein Grund dafür liegt darin, dass in den Hauptproduktionsregionen für Getreide und Futtermittel in der nördlichen Hemisphäre Düngemittel bereits zuvor schon eingekauft und teilweise ausgebracht wurden. Somit sind für das laufende Wirtschaftsjahr keine merklichen Ertragseinbußen zu erwarten. Für Europa kann darum erstmal „Entwarnung“ gegeben werden, auch wenn Liefer- und Verarbeitungsketten von Nahrungsmitteln die höheren Energiekosten einpreisen werden. In importabhängigen Niedrigeinkommensländern hingegen scheint sich die Situation bereits jetzt schon zuzuspitzen, weil dort ein Großteil des Einkommens für Nahrung aufgewendet werden muss, kaum Lagerkapazitäten vorhanden sind und öffentliche Haushalte wenig Unterstützung leisten können. Die FAO befürchtet, dass im Zuge des Konflikts die Zahl von Hungerbetroffener Menschen um 45 Mio. steigen wird.

Weitere Maßnahmen verschärfen die bestehenden Lieferengpässe. China und Russland haben ihre Düngemittelexporte zunächst temporär eingeschränkt, um ihre heimische Nahrungsmittelproduktion zu schützen. Die EU erhebt seit Mitte 2025 Einfuhrzölle auf belarussische und russische Düngemittel, die bis 2028 massiv erhöht werden sollen. Andererseits werden gegenwärtig in der Golfregion alternative Routen zur Umgehung der Straße von Hormus aktiviert, beispielsweise der Landweg über die Dammam-Sharjah-Khorfakkan-Route. Das könnte bei einer Fortdauer des Konflikts zur Entspannung des Handelsgeschehens beitragen. Der weitere Verlauf des Konflikts ist derzeit vollkommen ungewiss. Ein langwährender Krieg würde nicht nur die globale Nahrungssicherheit weiter gefährden, sondern könnte auch Europas energieabhängige Landwirtschaft merklich belasten.

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Thomas Glaben;

Dr. Tinoush Jamali Jaghdani; Prof. Dr. Jens-Peter Loy

Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien;

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel